

Änderungsantrag

der Fraktionen der SPD, CDU, F.D.P. und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

zu dem Antrag der Abgeordneten Johannes Gerster, Franz Josef Bischel, Dr. Alfred Beth, Norbert Mittrücker, Helga Hammer (alle CDU) und 32 weiterer Abgeordneter der Fraktion der CDU
– Drucksache 13/61 –

Einsetzung einer Enquete-Kommission „Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz“ (Entbürokratisierungskommission)

Der Antrag erhält folgende Fassung:

- I. Vor dem Hintergrund der Notwendigkeit, die Verwaltung des Landes Rheinland-Pfalz wirtschaftlicher und leistungsfähiger zu organisieren, Verwaltungsentscheidungen und -abläufe bürgernäher und transparenter zu gestalten, Benachteiligungen von Frauen in den Verwaltungen abzubauen sowie Möglichkeiten elektronischer Medien zur Verbesserung der Verwaltungsleistungen besser als bisher zu nutzen, wird gemäß § 88 der Vorläufigen Geschäftsordnung des rheinland-pfälzischen Landtags eine Enquete-Kommission eingesetzt.

Die Enquete-Kommission besteht aus fünfzehn Mitgliedern, von denen neun Mitglieder des Landtags und sechs Sachverständige sein müssen.

- II. Als Ergebnis der Arbeit der Enquete-Kommission werden insbesondere erwartet:

1. Vorschläge zur Verbesserung der Leistungsfähigkeit der Landesverwaltung durch Änderung des Behördenaufbaus sowie der Personalstruktur unter besonderer Einbeziehung der betroffenen Beschäftigten, der Personal- und Berufsvertretungen;
2. Vorschläge zur weiteren Straffung von Genehmigungsverfahren und Reduzierung von Verwaltungsebenen;
3. Vorschläge zur weiteren Verbesserung des Dienstleistungsangebotes des Staates an den Bürger;
4. Vorschläge zur Verbesserung der Ablauforganisation insbesondere zur aufgabengerechten Bearbeitung von Querschnittsaufgaben, zur Vermeidung von Doppelarbeit, zur Verbesserung der innerbehördlichen Kommunikation;
5. Vorschläge zur Einbindung Privater oder von Landesbetrieben in die Erledigung öffentlicher Aufgaben (Privatisierung/Teilprivatisierung/

b. w.

Public-Private-Management) unter Wahrung des verfassungsrechtlich gebotenen Einflusses des Parlaments, datenschutzrechtlicher Belange sowie der Prüfungskompetenz des Landesrechnungshofs;

6. Vorschläge zum Wegfall, zur Vereinfachung oder zur Delegation von Aufgaben;
 7. Vorschläge zur Straffung und Angleichung der Büroorganisation im Bereich der Landesverwaltung;
 8. Vorschläge zur Vereinfachung von Gesetzen, Rechtsverordnungen und Verwaltungsvorschriften;
 9. Vorschläge für interne Steuerungssysteme, die Entscheidungsabläufe transparenter machen und zu mehr Ergebnisorientierung führen;
 10. Vorschläge zur Umsetzung neuer Haushalts- und Rechnungsführungsverfahren (Budgetierung/Controlling);
 11. Vorschläge für die Personalentwicklung und die Organisation notwendiger Aus- und Fortbildung der Beschäftigten der staatlichen Verwaltung unter Berücksichtigung der Gleichberechtigungsaufgaben;
 12. Vorschläge zur weiteren Verbesserung des leitbildorientierten Personalmanagements (Personalmobilität, Mitarbeiterführung, Fortbildung, Nachwuchsausbildung);
 13. Vorschläge zur Reform des öffentlichen Dienst- und Besoldungsrechts, insbesondere soweit Landesrecht betroffen ist.
- III. Die Enquete-Kommission bedient sich zur Unterstützung ihrer Arbeit öffentlicher Anhörungen von Sachverständigen aus Wissenschaft, Wirtschaft und Praxis, insbesondere auch aus dem Bereich der kommunalen Praxis.
- IV. Die Enquete-Kommission erstattet dem Landtag einen Bericht, der Vorschläge zur Verwaltungsmodernisierung in Rheinland-Pfalz und gegebenenfalls Vorschläge zur Änderung von Bundes- wie Landesrecht enthalten soll. Sie kann zu einzelnen Fragen der Verwaltungsmodernisierung Zwischenberichte erstatten.

Für die Fraktion
der SPD:
Joachim Mertes

Für die Fraktion
der CDU:
Johannes Gerster

Für die Fraktion
der F.D.P. :
Hans-Artur Bauckhage

Für die Fraktion
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:
Ise Thomas